

stimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/5125**. Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – SGB VIII

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4410

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/5229

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5264

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5266

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5272

dritte Lesung

Da eine Rücküberweisung an den Ausschuss nicht erfolgt ist, ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5229 zur zweiten Lesung auch die Beratungsgrundlage für die dritte Lesung.

Ich eröffne die Debatte und gebe der Kollegin Milz von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Milz.

Andrea Milz¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gibt es eigentlich irgendetwas, das wir bei den ganzen KiBiz-Debatten der letzten Monate noch nicht gesagt haben, irgendetwas, das noch nicht von irgendwem gesagt wurde? – Vielleicht, dass von manchem, der zu seiner Zeit zu wenig gehandelt hat, heute viel zu viel gesagt worden ist, und dass jetzt eigentlich die Zeit des Handelns gekommen sein sollte,

(Beifall von CDU und FDP)

vielleicht, dass manch einer, der uns vorwirft, statt Qualität nur Quantität anzubieten, zu seiner Zeit weder Qualität noch Quantität hingekriegt hat,

(Beifall von CDU und FDP)

oder vielleicht, dass manch einer, der uns vorwirft, einen Rechtsanspruch für unter Dreijährige nur vorzutauschen, zu seiner Zeit niemandem auch nur vortauschen konnte, überhaupt etwas für die Schaffung von U3-Plätzen getan zu haben,

(Beifall von CDU und FDP)

oder vielleicht, dass mancher, der mit vielen Worten viel heiße Luft um den Begriff Bildung hat wabern lassen, nicht erkennt, dass Art. 7 der Landesverfassung mit wenigen Worten das beschreibt, was vornehmstes Ziel der Erziehung ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir uns heute nicht beirren durch die, die es nicht besser wissen wollen, die es aber eigentlich besser wissen müssten. KiBiz bedeutet mehr Bildung und individuelle Sprachförderung. KiBiz schafft mehr Beratung und Vernetzung durch Familienzentren.

(Beifall von CDU und FDP)

KiBiz sorgt für massiven Ausbau der Plätze für die kleinen Kinder, verankert auch gesetzlich die Betreuung durch Tagesmütter und -väter und verbessert auch die Förderung von behinderten Kindern. KiBiz stellt mehr Geld für frühkindliche Bildung zur Verfügung, als dies jemals zuvor der Fall war.

(Beifall von der CDU)

Wir werden ab 2009 die Milliardengrenze im Haushalt sprengen. KiBiz schafft klare Finanzstrukturen mit Planungssicherheit für alle. Und KiBiz ermöglicht Wahlfreiheit für Eltern und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Farben der Opposition sollten hier einmal positive Symbolkraft haben: Rot für die Liebe, Grün für die Hoffnung. Aus Liebe zu Kindern hoffen wir und sind wir überzeugt davon, mit KiBiz den Weg in die Zukunft zu gehen. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Milz. – Für die SPD spricht Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann vor allen Dingen den Kolleginnen und Kollegen von der CDU gera-

dezu ansehen, worum es ihnen heute bei der dritten Lesung vor allem geht:

(Zurufe)

Schnell vom Tisch! Weg ist weg!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist das, was Sie wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber täuschen Sie sich nicht. Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land im Zuge der Beratungen um dieses Gesetz

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Die wandern jetzt aus!)

deutlich gespürt haben, wie bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit im Regierungshandeln auseinanderfallen. Das wird Sie bis zum Ende dieser Legislaturperiode verfolgen. Da bin ich mir sicher.

(Beifall von der SPD)

Über dieses Gesetz und das, was Sie damit auslösen, werden wir in diesem Haus noch sehr häufig sprechen. Das gebe ich Ihnen schriftlich.

(Minister Armin Laschet: Hoffentlich!)

Sie werden erleben, dass dieses Gesetz, das Sie hier vorlegen, absolut ungeeignet ist, die Zukunftsaufgaben zur Betreuung der Kinder in diesem Land tatsächlich sicherzustellen. Es ist in diesem ganzen Verfahren nämlich nicht in einem einzigen Punkt – nicht in einem einzigen Punkt! – um die Kinder oder um die Familien in diesem Land gegangen.

(Widerspruch von der CDU)

In diesem Verfahren, das Sie gewählt haben, ist es von Anfang an immer nur ums Geld gegangen.

(Beifall von der SPD)

Es ist von Ihnen zu keinem Zeitpunkt wirklich der Beleg geliefert worden, dass es Ihnen um die Bildung von Kindern geht.

Am Anfang war das Geld, vor allen Dingen zu wenig Geld, nachdem Sie zwei Kürzungsrunden über die Kinderbetreuungslandschaft in diesem Land hatten durchgehen lassen: im Haushalt 2005, im Haushalt 2006 und im Haushalt 2007 fortgesetzt.

(Helmut Stahl [CDU]: 1998 und 1999 auch!)

So sieht es aus!

Was haben wir dann vorgelegt bekommen? Im Konsens im Februar 2007 ging es nur ums Geld. Das war ein reiner Finanzierungsvorschlag. Acht

Punkte sollten diesen Finanzierungsvorschlag darstellen.

Der Referentenentwurf kommt dann zur Krönung auch noch mit Kontingenten, weil sie nämlich festgestellt haben, dass Sie, selbst wenn Sie diesem Finanzierungsvorschlag folgen, mit dem bisschen Geld, das Sie der Landschaft mittlerweile nur noch zur Verfügung gestellt haben, nicht mehr klarkommen. Deshalb gab es Kontingente für die U3-Betreuung und in der Frage, wie viele Stunden die Eltern buchen dürfen.

Dann kommt der Gesetzentwurf. Angeblich wird da ein Deckel gehoben. Aber bloß nicht zu hoch! Denn dann könnte es ja sein, dass der Finanzminister nicht mehr mitmacht. Das ist die Wahrheit! So ist die Diskussion hier gelaufen. Es ist hier wirklich an keiner Stelle um die Kinder und die Familien gegangen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber das Allerarmseligste, was wir in diesem ganzen Verfahren erleben durften, ist, dass Sie aus der Grube, in der Sie in der Zwischenzeit gesessen haben, noch nicht einmal selber herausgekommen sind. Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen Seite und Freien Wohlfahrtspflege musste Ihnen helfen und einen Vorschlag machen. Nachdem Sie sie schon zweimal düpiert und gesagt hatten: „Mit euch reden wir eigentlich nicht mehr“, machen die Ihnen einen Vorschlag. Sie waren nie, nicht eine Sekunde lang in der Lage, selbst einen Finanzvorschlag zu machen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und dann fangen Sie mit der Rosinenpickerei an. Denn an der entscheidenden Stelle, bei der Verbesserung der Betreuungsqualität für unter Dreijährige, sind Sie der LAGÖF nicht gefolgt. Auch an einer anderen Stelle sind Sie nicht mitgegangen, nämlich bei der Frage des Elternbeitragsdefizitausgleichs.

Die Wahrheit, die Sie auslösen, ist, dass Sie in diesem Land Ungleichheit schaffen. Das haben wir Ihnen mehrfach gesagt. Sie lassen die Kinder und Familien im Stich, insbesondere in Ballungsräumen, insbesondere in Kommunen in Haushaltsnotlagen und insbesondere im Ruhrgebiet. Und das wird Ihnen nachlaufen. Da werden Sie sich wundern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben uns in der Tat, obwohl wir die Systematik Ihres Gesetzes ablehnen und das Gesetz nach wie vor für falsch halten, die Mühe gemacht, Änderungsanträge zu stellen und vorzuschlagen,

wie man mindestens bei der Frage des Bildungsbegriffes qualitative Veränderungen erreichen kann – in der Logik Ihres Gesetzes. Aber mir ist, wenn ich ehrlich sein soll, in der Ausschusssitzung deutlich geworden, dass Sie unsere Änderungsanträge noch nicht einmal gelesen haben. Sie haben die nicht verstanden. Sie sind erst in der gestrigen Sitzung in der Lage gewesen, den Änderungsantrag, der Ihnen im Prinzip durch die LAGÖF vorgelegt worden ist, zu erklären. Sie waren in der Ausschusssitzung dazu nicht in der Lage. Der Punkt ist: Sie haben unsere Änderungsanträge noch nicht einmal angeguckt, Sie haben die nicht verstanden und Sie haben sich darum auch nicht gekümmert.

(Beifall von der SPD)

Das ist der Grund, warum wir für uns mittlerweile sagen: Es macht überhaupt keinen Sinn, sich mit Ihrem Regierungshandeln oder mit dem, was die Fraktionen sozusagen als Schutz machen, überhaupt auseinanderzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Vor diesem Hintergrund werden wir das KiBiz so, wie Sie es beschließen wollen, ablehnen.

Eines sage ich Ihnen: Es ist mitnichten das modernste Gesetz Deutschlands im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Wissen Sie, was es ist? Es ist das armseligste Gesetz, was wir in diesem Bereich in Deutschland finden.

(Beifall von der SPD)

Sie hängen mit diesem Gesetz die Menschen, die Familien, die Kinder in Nordrhein-Westfalen von einer an sich positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ab. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Kinder in Nordrhein-Westfalen eine wesentlich schlechtere Bildungschance haben – mit diesem Gesetz! Das ist der Punkt.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Altenkamp. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wenn man die Vorrednerin der SPD so hört, dann könnte man tatsächlich glauben, vorher, vor dem Regierungswechsel, sei eigentlich alles in Ordnung gewesen,

(Heiterkeit von der FDP)

und nur wir seien jetzt schuld, dass im Kindergartenbereich Veränderungen notwendig sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist Ihr Gesetz!)

Dabei war die Bilanz doch etwas anders. Sie haben es nicht vermocht, den Bildungsauftrag im Gesetz zu präzisieren. Sie haben dafür lediglich eine unverbindliche Vereinbarung geschlossen. Sie haben in der Sprachförderung Richtlinien verabschiedet, die dafür gesorgt haben, dass nur dann gefördert werden konnte,

(Gerda Kieninger [SPD]: Gucken Sie doch mal in Ihr Gesetz!)

wenn der Migrantenanteil mindestens 50 % betragen hat. Als wenn die Probleme bei einem Migrantenanteil von 45 % so viel kleiner wären.

(Beifall von der CDU)

Und Sie haben es zugelassen – Sie haben dabei lediglich mit den Schultern gezuckt –, dass sich die Kirchen aus dem System zurückgezogen haben.

All das haben Sie als Probleme hinterlassen. Lösungen haben Sie damals wie heute nicht gehabt. Sie haben zwar Überlegungen angestellt, Pläne,

(Britta Altenkamp [SPD]: Jetzt kommt er damit wieder!)

Kabinettsbeschlüsse, Maßnahmen in der Schublade, aber den Mut, auch in einer schwierigen Debatte – und das ist im Bereich der Kindertageseinrichtungen so –, bei einer örtlich stark unterschiedlichen Situation notwendige Veränderungen vorzunehmen, haben Sie nicht mehr aufgebracht, und zwar seit Jahren nicht. Diesen Mut, diesen Gestaltungswillen hat die Koalition im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben hier ein Gesetz vorgelegt, das den Bildungsauftrag präzisiert, das die Zusammenarbeit von Schulen und Kindertageseinrichtungen intensiviert, mit dem die Sprachförderung forciert wird, mit dem wir Kindertageseinrichtungen nach innen und außen öffnen für neue Bedürfnisse und Möglichkeiten unter der Überschrift „Familienzentren“.

Wir bewegen uns weg von der Schlusslichtposition bei der Betreuung von unter Dreijährigen mit 2,8 % auf über 20 % im Jahr 2010.

(Britta Altenkamp [SPD]: Abwarten!)

Dafür hätten wir die Bundesmittel gar nicht benötigt. Wir nutzen sie jetzt als zusätzlichen Turbo für den Ausbau. Wir hätten das auch aus eigener Prioritätensetzung geschafft.

Des Weiteren stabilisieren wir das Finanzierungssystem. Das unterstreiche ich an dieser Stelle, weil Sie es immer für unbillig halten, dieses Ziel zu verfolgen. Wir geben mehr Geld in das System Kindertageseinrichtungen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nachdem Sie zweimal das herausgenommen haben!)

Aber nicht jede einzelne Einrichtung wird profitieren, weil wir uns auch um Fördergerechtigkeit bemühen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das hat der Minister schon anders gesagt!)

Sie haben ein Finanzierungssystem hinterlassen, bei dem bei gleicher Leistung – das war Ihre eigene sogenannte Benchmarking-Untersuchung aus dem Jahre 2004 – ein Platz für ein Kind im Alter zwischen drei und sechs Jahren für 35 Stunden in einer Einrichtung in Ostwestfalen-Lippe 30 % günstiger war als ein Platz in einer Einrichtung im Bereich Aachen. Eine solche Finanzierungs- und Fördergerechtigkeit haben Sie mit Ihrem System einfach hingenommen. Das machen wir nicht. Wir wollen, dass gleiche Leistung gleich honoriert wird. Auch deshalb musste das System umgestellt werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir stehen jetzt am Ende eines sehr schwierigen Gesetzgebungsverfahrens, weil unterschiedlichste Ziele und Aspekte miteinander verbunden werden mussten, weil es ganz unterschiedliche Akteure mit ihren jeweils eigenen Zielen und Interessen gab. Es ist gelungen, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der all den Zielen und Absichten, die ich für die Landesebene beschrieben habe und die wir im Koalitionsvertrag verankert haben, gerecht wird. Nach der Gesetzgebungsarbeit geht es nun darum, im Land weitere Überzeugungsarbeit zu leisten. Da werden wir die Trümmer wegräumen müssen, die Sie mit Ihrer Fehlinformation, mit Ihrer entweder nicht hinreichend sorgfältigen Recherche oder einer bewussten Verzerrung von eigentlich beabsichtigten Maßnahmen hinterlassen haben.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Den Schuh ziehe ich mir nicht an!)

Aber ich sage Ihnen: Am Ende werden die Menschen erkennen, wer über Jahre untätig war und wer nur aus der Deckung kam, als es darum ging, diejenigen, die handeln wollten, zu belasten und zu behindern, und wer hier im Land tatsächlich Verantwortung übernimmt, das Kindergartenwesen modernisiert und an geänderte Anforderun-

gen anpasst. Wir übernehmen die Verantwortung für dieses Kinderbildungsgesetz, weil wir glauben, dass es ein gutes Gesetz im Interesse von Kindern und Familien ist.

(Zurufe von der SPD)

Dafür werden wir im Land werben. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden dafür große und größte Zustimmung erhalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man merkt den Regierungsfractionen förmlich an, wie erleichtert sie sind, dass das Gesetzgebungsverfahren, das mit Irrungen und Wirrungen verbunden war, nun endlich beendet ist. Frau Milz war entsprechend kurz in ihren Einlassungen. Sie haben das Verfahren sogar dadurch abgekürzt, dass Sie sich Ihrer eigenen parlamentarischen Rechte beschnitten haben, indem Sie nämlich alle Verordnungen und Verfahrensfragen, die jetzt noch anstehen, nicht im Ausschuss beraten wollen. Das heißt, Sie haben sich an dieser Stelle selbst entmündigt. Auch das spricht gegen Sie und zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der Sie dieses Thema behandeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Schlimme ist, für Sie mag das Kapitel jetzt beendet sein. Für die Kommunen, Träger, Einrichtungen, Eltern und vor allem für die Kinder gehen aber die Probleme jetzt erst richtig los. Denn die müssen all das ausbaden, was Sie ihnen mit diesem ach so niedlich klingenden KiBiz eingebrockt haben. Das ist das Fatale.

Herr Lindner, Sie sagen, Sie haben Gestaltungswillen. Den mag Ihnen hier keiner absprechen. Es geht aber auch um das Vermögen, zu gestalten. Das haben Sie nicht. Sie haben an dieser wichtigen Stelle versagt. Den Willen kann man gerne haben, man muss es aber auch zum Erfolg bringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kern, Herr Tenhumberg und Herr Biesenbach, Sie alle tragen zu Hause kommunale Verantwortung. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden sich noch die Augen reiben und an unsere Warnungen und die der Fachleute denken und sich wünschen, dass Sie nie die Hand für dieses Gesetz gehoben hätten,

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

wenn die Eltern vor Ihrer Tür stehen, weil sie mit diesem unlogischen und wirren Finanzierungssystem und der immensen Bürokratie, die Sie produzieren, nicht zurechtkommen. Sie werden noch an die Warnungen denken, wenn die Mittel für den Ganzttag nicht ausreichen, wenn die Eltern mehr Bedarf haben als die 25 %, die jetzt im Gesetz stehen, wenn Sie die Elternbeiträge für die längeren Öffnungszeiten erhöhen, die dann keiner mehr nimmt, und wenn Sie feststellen, dass wir zukünftig in den Kindergärten eine Zweiklassenbetreuung haben werden.

Fakt ist, dieses Gesetz fordert schon jetzt die ersten Opfer. In Dortmund – auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen – hat der erste Träger drei Erzieherinnen vorsorglich gekündigt, weil er festgestellt hat, dass er aufgrund dieses Gesetzes keine Existenzgrundlage mehr hat. Das ist Ihnen aber anscheinend egal. Sie bringen hier nur immer stereotypisch Ihre Argumente vor.

Eines treibt mich aber wirklich um, und das ist mir wirklich wichtig: Die Auswirkungen auf die Träger wegen der erhöhten Bürokratie werden Sie relativ kurzfristig feststellen. Aber die langfristigen Auswirkungen werden die negativen Folgen für die Entwicklung unserer Kinder sein.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das wird sich nicht in einem halben Jahr feststellen lassen, sondern das wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Das Schlimme ist, dass dieses Gesetz die Schere zwischen armen und reichen Kommunen, zwischen armen und reichen Kindern in diesem Land noch weiter öffnen wird. Die dringendste Aufgabe, nämlich die bedrückende Kinderarmut zu bekämpfen und der etwas entgegenzusetzen, werden Sie mit diesem Gesetz nicht lösen, sondern – im Gegenteil – Sie werden diese Schere zwischen armen und reichen Kindern weiter öffnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben heute Morgen wahrscheinlich alle die Untersuchung von der christlichen Stiftung „World Vision“ gelesen, die gestern veröffentlicht wurde. Die hat uns sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben: Die armen Kinder in diesem reichen Land bekommen nicht den Anschluss. Ihre Politik wird die negative Entwicklung für die armen Kinder noch weiter verstärken. – Das sieht man nicht im nächsten oder übernächsten Jahr, sondern nur langfristig.

Da wir das heute nicht mit Argumenten und Gegenargumenten klären können, möchte ich Sie bitten, dass Sie, wenn Sie das ernst meinen, was Sie immer als Ziel formulieren, nämlich dass Sie Politik für Kinder machen, und wenn es Ihnen wirklich um die Kinder geht, sich der Qualitätskontrolle stellen und einen Wirksamkeitsdialog einführen, ähnlich wie wir das in der Jugendhilfe haben. Dann können wir in zwei, drei Jahren gemeinsam bewerten, ob das, was Sie hier als Ziel formuliert haben, tatsächlich erreicht worden ist und ob das eingetreten ist, was wir angeblich alle wollen, nämlich die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen und das Wohl der Kinder zur gemeinsamen Maxime zu machen.

Wir als Opposition sind, gemeinsam mit Eltern, Verbänden und Fachleuten, sehr pessimistisch, was die Folgen Ihrer Gesetzgebung angeht. Sie schwächen die Erzieherinnen, Sie schwächen die Einrichtungen, Sie schwächen die Eltern, und damit schwächen Sie auch die Kinder in unserem Land. Damit zeigen Sie, dass Kinder und Familien bei dieser Landesregierung nicht in guten Händen sind. Sie schaffen nicht Rückenwind, sondern Sie schaffen Gegenwind für jedes Kind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Asch. – Der fraktionslose Abgeordnete Sagel hat nun das Wort.

(Zuruf von der FDP: Ach nein, er hat doch gestern schon geredet!)

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich bin gestern gerügt worden – mir ist auch der Ausschluss angedroht worden – wegen eines unparlamentarischen Ausdrucks, den ich hier benutzt habe. Ich habe zu dem KiBiz-Gesetz so etwas Ähnliches wie „Vogelmist“ gesagt. Ich glaube, ich habe mich sehr klar ausgedrückt, denn das ist genau das, was es ist.

Frau Präsidentin, es ist etwas schwierig: Bei der Einbringung des Gesetzentwurfs durfte man das zwar sagen, aber in der gestrigen Debatte nicht mehr. Vielleicht muss man im Landtagspräsidium eine Klärung herbeiführen.

Ich möchte noch eine andere Sache im Zusammenhang mit dem Landtag erwähnen. Im Zusammenhang mit meinem Eintritt in die Partei Die Linke hat der CDU-Abgeordnete Dr. Sternberg Die Linke mit der rechtsextremen NPD verglichen.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Er äußerte dabei, der Missbrauch von Reden und Parlamenten gehöre zur Strategie der extremen Rechten. Für diesen Missbrauch würde auch Die Linke stehen.

(Demonstrativer Beifall von der CDU – Minister Armin Laschet: Die wird vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Ich selbst und auch die Partei Die Linke stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung.

(Zurufe von CDU und FDP. Oh!)

Ich finde dieses Verhalten eines Abgeordneten gegenüber einem Kollegen unerhört und auch gegenüber einer Partei, die Millionen von Wählerinnen und Wählern in deutschen Parlamenten vertritt. Ich erwarte dafür eine Entschuldigung. Ich erwarte auch eine Klarstellung der CDU. Ihr Klatuschen hier finde ich unerhört. Ich finde diesen Vergleich absolut unerhört, den Sie hier angestellt haben, Herr Dr. Sternberg.

(Zuruf von der FDP: KiBiz! KiBiz! KiBiz! – Weitere Zurufe von CDU und FDP – Minister Armin Laschet: Welche Wähler haben Sie denn gewählt?)

– Mich haben sehr viele Wählerinnen und Wähler gewählt.

(Minister Armin Laschet: Die Grünen! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Grünen wurden gewählt! – Zurufe von CDU und FDP: Die Grünen!)

– Die Linke ist auch von sehr vielen Wählerinnen und Wählern gewählt worden.

(Lachen von CDU und FDP – Zurufe von der FDP: KiBiz! KiBiz!)

– Jawohl, in Deutschland ist sie von sehr vielen gewählt worden. Auch in Nordrhein-Westfalen haben übrigens sehr viele die Parteien gewählt, die jetzt Die Linke bilden. Das ist nicht der Punkt.

Aber wenn der Vergleich mit der NPD jetzt der neue Stil im Landtag wird, bin ich sehr gespannt. Frau Präsidentin, ich bitte Sie jedenfalls, darauf Einfluss zu nehmen, dass sich die Kollegen nicht in der Art und Weise wie Dr. Sternberg äußern und nicht Abgeordnete mit rechtsradikalen Parteien vergleichen. Das finde ich unerhört.

(Zuruf von der FDP: Sektierer! Zur Sache reden!)

– Ich rede schon die ganze Zeit zur Sache. Wenn Sie genau zugehört hätten, würden Sie das fest-

gestellt haben. Auch das gehört zum Parlamentarismus.

(Lachen von CDU und FDP – Zurufe von der FDP: KiBiz! KiBiz! – Zuruf von der CDU: Redezeit!)

– Ich habe noch ein bisschen Redezeit. – Ich möchte aber auch noch einige Punkte zum KiBiz-Gesetz sagen.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Ich habe gerade schon gesagt, was ich davon halte. Das NRW-KiBiz-Gesetz bedeutet Kinderbildung nach Klassenlage und vor allem nach Kassenlage. Die Eltern werden finanziell belastet, und auch in den Kommunen entstehen große Verwerfungen. Besonders betroffen sind Elterninitiativen und Kindergärten. Das wird auch durch Ihre geplanten Änderungen nichts anders.

Man muss sich fragen, was diese Nachbesserungen sollen. Die Strategie ist leicht durchschaubar: Sie sollen die Bürgerinnen und Bürger im Land täuschen und die Spitze des Widerstands brechen. Herr Laschet, so argumentieren Sie hier auch. Die ganze Art und Weise, wie Sie das Gesetz durchgezogen haben, und die Tatsache, dass Sie und Ihre Fraktion heute auch inhaltlich wenig darauf eingegangen sind,

(Minister Armin Laschet: Ich habe doch gar nicht gesprochen!)

machen deutlich, dass das Ganze nach dem Motto „Schnell vom Tisch“ geplant ist, denn die ...

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Herr Papke, wollen Sie jetzt hier reden?

(Demonstrativer Beifall von der FDP – Zurufe von der FDP: Ja!)

Dies ist ein Gesetz der Neoliberalen in diesem Lande. Das ist das, was Sie machen. Sie kürzen radikal, und Sie sorgen nicht für Kinder ...

Präsidentin Regina van Dinter: Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich möchte Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Dieses Gesetz ist gegen Kinder, gegen Eltern und gegen Bildung und Erziehung in unserem Land gerichtet.

Präsidentin Regina van Dinter: Sehr geehrter Herr Sagel, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie am Anfang Ihrer Rede, genau wie auch gestern, das Verhalten einer amtierenden

den Präsidentin gerügt haben. Es ist nicht Ihre Aufgabe, das zu tun. Im Gegenteil, die Hausordnung lässt es nicht zu, dass Sie das beurteilen.

(Beifall von CDU und FDP)

Für die Landesregierung hat sich noch Herr Minister Laschet zu Wort gemeldet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt den Spruch von Karl Valentin: Es ist alles gesagt, aber noch nicht von allen. – Bei der dritten Lesung besteht manchmal die Gefahr, dass zwar alles gesagt ist, aber die Gleichen es alle noch einmal sagen. Ich denke, dass es sich trotzdem lohnt, eine dritte Lesung in einem Parlament ernst zu nehmen und auf die darin geäußerten letzten Argumente zu reagieren.

Es geht bei diesem Gesetz um neue Chancen für Kinder. Frau Asch, was Sie eben zur Kinderarmut gesagt haben, das ist eine Bemerkung, bei der ich frage: Haben Sie sich vorher überlegt, was Sie vortragen? Die Kinderarmut ist in diesen Tagen mehr ein Thema als je zuvor. Der Ministerpräsident kümmert sich um das Thema, dass Kinder in der Schule ein Mittagessen bekommen, damit sie Bildungschancen haben und dem Unterricht folgen können. Das hat noch kein Ministerpräsident vorher gemacht.

(Beifall von der CDU)

Sie stellen sich in einem solchen Moment hierhin und kritisieren ausgerechnet dieses. Sie hätten besser Ihre Ballons steigen lassen sollen. Dass Sie ausgerechnet das Thema Kinderarmut, das wir in einer Weise ernst nehmen, wie es noch keiner in diesem Land ernst genommen hat, zur Polemik gegen das KiBiz nutzen, das ist der erste Fehlstart.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Nehmen Sie lieber die Ballons und lassen Sie sie wieder steigen! Versuchen Sie doch nicht, so in der Sache hier zu sprechen.

(Beifall von der CDU)

Das Zweite: Wie Sie wissen, haben 38 % der Kinder von null bis sechs Jahren eine Zuwanderungsgeschichte. Meistens haben sie keine Eltern, die in der Lage sind, klug mit Gesetzen umzugehen, es zu schaffen, möglichst viele Erzieherinnen in ihre Einrichtungen zu bekommen, sondern das sind Eltern, deren Kinder zwar im Kindergarten sind, deren Bildungschancen aber nicht gerecht verteilt waren. Hier führen wir ein Stück mehr Ge-

rechtigkeit ein, weil wir auf die einzelnen Kinder schauen, weil das Gesetz die Möglichkeit bietet, dahin mehr Geld zu geben, wo größerer Bedarf besteht. Auch das ist eine Sache, die die Rechte und die Chancen von Kindern in diesem Land verbessern wird.

(Beifall von der CDU)

Nun hat Frau Altenkamp gesagt: Das wird nicht das letzte Mal sein, dass wir hier darüber diskutieren. Ja, das hoffen wir. Wir werden das hier beantragen. Wir werden Jahr für Jahr beantragen, darüber zu diskutieren. Was ist alles besser geworden? Wie sind denn die Bildungschancen der Kinder gestiegen?

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Freuen Sie sich nicht zu früh!)

Wir machen das. Wir stellen doch unser Licht nicht unter den Scheffel. Wir werden Jahr für Jahr, Debatte für Debatte Bilanz ziehen und Ihnen Jahr für Jahr vorhalten, dass wir die Zahl der U-3-Plätze erhöht haben, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen nicht mehr Schlusslicht sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sprechen wir auch darüber, wie viele Erzieherinnen dann noch da sind!)

Jedes Mal, wenn wir einen weiteren Platz erklimmen haben, wenn wir von Platz 16 auf Platz 15 und von 15 auf 14 kommen – irgendwann werden wir in Deutschland in der Mitte oder an der Spitze liegen –, werden wir hier Rechenschaft geben, weil das genau das Ziel unserer Politik ist.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Aber dann sind Sie nicht mehr in der Regierung. Davon bin ich zutiefst überzeugt!)

Sie werden irgendwann sagen: Ja, wir waren eigentlich auch dafür. Wir haben da manches anders gesehen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Natürlich wird es so kommen, wenn die Erfolge da sind. Sie haben zwei Methoden. Entweder sagen Sie: All Ihre Erfolge basieren nur auf der alten Regierung, oder Sie sagen: Eigentlich waren wir auch dafür. Die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Spitzenverbände

(Zuruf von der SPD)

haben auch bei den Personalfragen, den Fachkräften, beim Geld ihren Konsens erklärt. Aber, Herr Jörg, Sie haben ihn nicht zu allem erklärt. In der Tat haben wir nur Gespräche geführt über

Personal, über Geld, über Fachkräfte, die erforderlich sind, über die Standards die man braucht, wenn man das fachlich in einer Kindertagsstätte unterlegen will.

Es gibt aber Sachverhalte, zu denen wir keinen Konsens herbeiführen. Wir haben gesagt: Wir wollen Sprachförderung zur Regelaufgabe machen, ob sie das wollen oder nicht: Es steht im Koalitionsvertrag. Das beschließt diese Mehrheit. Mit dieser Mehrheit treten wir vor die Wähler im Jahre 2010.

(Beifall von der CDU – Edgar Moron [SPD]: Das müssen Sie auch!)

Wir haben gesagt: Wir wollen die Eltern stärken. Wir führen Familienzentren ein. Zu dieser Frage führen wir mit niemandem einen Konsens herbei. Dieses Konzept ist richtig. Darüber findet zurzeit keine Abstimmung mit den Füßen, aber eine Abstimmung mit den Antragsformularen statt. Denn wenn 1.000 Kindertagsstätten das heute schon machen, dann zeigt das, dass dieser Gedanke der Landesregierung richtig war und dass wir die Rückendeckung bei denen haben, die das umsetzen.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Geld ist noch nicht geflossen!)

So ist das: Dazu suchen wir keinen Konsens. Das beschließen wir einfach. Die Wohlfahrtspflege geht jetzt sogar so weit und sagt:

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir geben ein Gutachten bei einer Rechtsanwaltskanzlei in Auftrag, wonach man diese hervorragende Idee der Familienzentren nicht bei 3.000 im Jahre 2012 deckeln sollte.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das zeigt doch, dass man erkannt hat, dass das Konzept richtig ist, dass die Idee richtig ist und dass es mehr als 3.000 Einrichtungen vielleicht irgendwann in diesem Lande gibt, die diese richtige Idee, jetzt endlich auch gesetzlich verankert, übernehmen.

(Beifall von der CDU)

Insofern freue ich mich darauf, dass es jetzt an die Umsetzung geht. Wir werden ganz schnell mit den gleichen Akteuren ein Verfahren verabreden. Weiter steht auf der Agenda eine Vereinbarung über die Qualifikation und das Personals, die sogenannte Personalvereinbarung, eine Verordnung zu den Kriterien für die Familienzentren. Wir werden schließlich bei der Fortbildung mehr tun.

Wir werden bei der Fortbildung der Erzieherinnen, die eine große Aufgabe haben, bei der Betreuung der unter Dreijährigen ...

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Da sind Sie ganz von allein drauf gekommen!)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, ich habe eine Wortmeldung von Frau Asch.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich möchte noch den Satz zu Ende bringen.

Wenn man Plätze hat, geht es im nächsten Schritt immer um die Frage, wie man fortbildet. Sie sind zu diesem Punkt nie gekommen, weil Sie nie Plätze für unter Dreijährige hatten.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb beginnt jetzt die anspruchsvolle Aufgabe, hier in einer Weise fortzubilden, sodass wir das große Ziel, das wir mit dem Bund verabredet haben, bis zum Jahre 2013 35 % Plätze für unter Dreijährige bereitzustellen, erreichen. Dafür ist eine große bildungspolitische Kraftanstrengung erforderlich. Dafür haben wir jetzt mit KiBiz die Voraussetzung.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Asch, bitte.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister Laschet, Familienzentren bringen Sie immer dann ins Spiel, wenn es keine anderen Argumente mehr gibt. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass Ihnen nicht nur diese eine Kanzlei in Bonn, sondern die kommunalen Spitzenverbände und andere Sachverständige in der Anhörung zum KiBiz deutlich ins Stammbuch geschrieben haben, dass erstens die Familienzentren deutlich unterfinanziert sind und dass zweitens das Zertifizierungsverfahren nicht rechtmäßig ist, weil damit Einrichtungen ausgeschlossen werden, die das gleiche Angebot vorhalten?

Es war nicht nur eine Kanzlei in Bonn, sondern es war die große Mehrheit der Sachverständigen, die Ihnen das ins Stammbuch geschrieben hat.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, jetzt gibt es inzwischen eine weitere Wortmeldung von Frau Altenkamp. Möchten Sie die auch noch hören?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wie Sie wollen, Frau Präsidentin.

Präsidentin Regina van Dinter: Ja, Sie entscheiden. – Frau Altenkamp, bitte.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir können ein paar Fragen sammeln, dann gebe ich eine „Sammelantwort“.

(Heiterkeit bei der CDU)

Britta Altenkamp (SPD): Herr Laschet, ich möchte noch einmal nachfragen: Sie haben gerade gesagt, Sie setzen ganz massiv das Versprechen um, das Sie der Bundesregierung gegeben haben, dass es im Jahr 2013 35 % Plätze für unter Dreijährige gibt. In der Entschließung der regierungstragenden Fraktionen ist zu lesen: Rechtsanspruch für Zweijährige ab 2011. Was wollen Sie umsetzen? Wovon dürfen wir ausgehen?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Sie dürfen hoffen, dass wir alles das umsetzen, was wir mit dem Bund verabredet haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Was Sie versprechen?)

– Ja, so ist es. Alles, was wir versprechen, wird gehalten.

(Beifall von CDU und FDP – Unruhe von der SPD)

Das ist doch gerade dass, was Sie ärgert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ärgert mich nicht! Ich ärgere mich über Ihre Ignoranz! Ich ärgere mich über das, was Sie nicht tun!)

Wir haben gesagt, wir bauen das Kindertagesystem zu einem kindgesteuerten System um, und wir machen es. Wir haben versprochen, wir machen Sprachförderung, und wir machen es. Wir haben gesagt, wir schaffen mehr U-3-Plätze, und wir machen es. Das ist doch gerade Ihr Problem, gegen das Sie ankämpfen, nämlich dass wir alles das umsetzen, was wir vor der Wahl und was wir hier gesagt haben. Alles das setzen wir um. So ist das.

(Beifall von CDU und FDP)

Die beiden Koalitionsfraktionen haben in ihrem Entschließungsantrag vorgeschlagen, im Kindergartenjahr 2010/2011 soll erreicht werden, dass jedes Elternpaar, das einen Platz für sein zweijäh-

riges Kind haben möchte, einen Platz in Nordrhein-Westfalen bekommt. Das nennt man auf Hochdeutsch Rechtsanspruch.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Das ist ein ambitiöses Ziel. Das ist ein Rechtsanspruch, der auch so verankert wird: Jedes Elternpaar, das einen Platz für sein Kind benötigt, Herr Becker, soll diesen Platz bekommen. Das ist die Zielsetzung, an der wir mit den kommunalen Spitzenverbänden arbeiten. Dazu ist es erforderlich, dass man das Konnexitätsprinzip beachtet. Deshalb waren die Grünen etwas schnell schießend, weil sie das über den Änderungsantrag schon heute beschließen wollten. Wir wollen das Ziel mit dem Bund und den Kommunen, wie in Berlin verabredet, gemeinsam erreichen. Dazu sind alle Akteure gefragt.

Zu der Frage von Frau Asch. So viele Experten haben sich in der Anhörung zu dieser speziellen Frage, die Sie eben angesprochen haben, nicht geäußert. Die Anwaltskanzlei sagt: Ihr dürft das nicht irgendwann im Jahre 2012 deckeln. Rechtlich ist diese Auffassung nicht haltbar. Aber wenn es ein solches Erfolgskonzept gibt, wenn alle Kindertagesstätten sagen, sie wollten genau diese Idee der Familienzentren weiterentwickelt haben, dann wird man nach dem Wahlsieg 2010 darüber nachdenken, wie man mehr Kindertagesstätten schafft bzw. diese wichtige Aufgabe erfüllt. Das Denken hört ja mit dem heutigen Tag nicht auf, sondern mit dem heutigen Tag ist ein wichtiger Zwischenschritt für ein kinder- und familienfreundliches Land geleistet.

(Beifall von CDU und FDP)

Selbst mit einer Spezialkoalition mit dem Kollegen Sagel werden Sie nicht in die Verlegenheit kommen, hier ab dem Jahre 2010 Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie aber theoretisch in die Verantwortung kommen würden, dann – ich bin sicher – würden Sie genau auf den Früchten dieses Gesetzes aufbauen und sagen: Genau diese damals einmal im Koalitionsvertrag innovativ entwickelten Gedanken seien richtig und seien etwas Neues in der deutschen bildungspolitischen Debatte.

Am Ende dieser dritten Lesung danke ich all denjenigen, die daran mitgewirkt haben. Die Debatten waren manchmal heftig und manchmal hart. Ich hoffe, dass wir jetzt zu einer konstruktiven Umsetzung kommen – auch über die Parteigrenzen hinweg. Die Kritik wird bleiben. Aber das Wichtigste bei allem, was wir hier machen, sollte, meine ich,

nicht der Streit unter uns, sondern das sein, was für die Kinder in diesem Land am Ende herauskommt. Ich bitte alle um die konstruktive Umsetzung eines Gesetzes, das hoffentlich mit großer Mehrheit beschlossen wird. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laschet. – Meine Damen und Herren, Herr Minister Laschet hat etwas länger gebraucht, als wir vorgesehen haben. Wenn es vonseiten der Fraktionen noch Redebedarf gibt, würde ich das zulassen. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5229**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/4410 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Zurufe von der SPD: Enthaltung!)

Gibt es Stimmenthaltungen?

(Josef Hovenjürgen [CDU] meldet sich.)

Eine Stimmenthaltung. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir stimmen dann über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP in **Drucksache 14/5264** ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Die Koalitionsfraktionen – Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Dann ist das mit großer Mehrheit so **beschlossen**.

Wir stimmen nun über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5266** ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Keine Enthalt. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Dann stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5272** ab. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? –

Niemand. Dann ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir sind mit den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt fertig. Damit ist er erledigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

7 **Keine Verlängerung der Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn ohne vorherige epidemiologische Fall-Kontroll-Studie**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5226

Ich eröffne die Aussprache und gebe Herrn Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Herr Becker.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit Herr Kollege Becker auch die Aufmerksamkeit des Hauses hat. Ich bitte alle, die nicht zuhören möchten, den Saal zu verlassen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, es geht weiter. Wenn Sie sich bitte konzentrieren würden! – Herr Becker, Sie haben das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Kollege, ich würde nicht beginnen! Chaos!)

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, mit der nötigen Aufmerksamkeit setzen wir die Beratungen fort. – Sie haben das Wort, Herr Becker. Fangen Sie bitte an.

Horst Becker (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es heute?

Erstens. Es geht um die Grundlage der Entscheidung, von der der Minister sagt, es ist alleine seine Entscheidung, nämlich die Fragestellung, wie am Flughafen Köln/Bonn Nachtflug weitergeführt wird, und zwar nicht etwa schon übermorgen, überübermorgen oder nächstes Jahr, sondern ab dem Jahr 2015 bis zum Jahr 2030.

Der Minister versucht im Verkehrsausschuss, im Landtag und in der Öffentlichkeit zu suggerieren,